

# **Informationen des Finanzreferats**

**Nr. 1 / 2009**

**Analyse der Haushalts-  
situation 2009 und Ablei-  
tungen für die Haushalts-  
planaufstellung 2010**

**Sparen und Investieren – Kurs halten in der Krise**



# **A – Prognose Haushalt 2009 und 2010 – Entwicklung des Nürnberger Stadthaushalts in Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise**

## **Ausgangslage**

Die Konjunkturprognosen der Bundesregierung von Ende April sehen für das Jahr 2009 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent voraus. Ein solch dramatischer Einbruch wäre damit einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

Für das Jahr 2010 wird zwar eine leichte Erholung auf niedrigem Niveau vorher gesagt, allerdings sind sich hier die Experten aktuell uneinig, ob noch ein weiteres Jahr mit einer abermals sinkenden Wirtschaftskraft folgen wird (führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute: -0,5%), oder ob bereits wieder ein leichtes Plus registriert werden kann, wie es die Bundesregierung mit +0,5% Wachstum prognostiziert.

Die Arbeitslosenzahlen werden jedenfalls wieder deutlich ansteigen. Das Frühjahrsgutachten der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sieht für 2010 4,67 Mio. Arbeitslose bzw. eine Quote von 10,8% vor. Gegenüber der Zahl von 3 Mio. Ende 2008 würde dies eine Steigerung um 55% bedeuten.

Dass diese weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auch an der Stadt Nürnberg nicht spurlos vorbeigeht, ist offensichtlich. Wie auch die bundesweiten Konjunkturdaten werden die Schätzungen des Städtetages für die Einnahmenentwicklung der Kommunen seit Monaten nach unten korrigiert. So hat der Städtetag die Steuereinnahmen Ende Januar noch mit aus heutiger Sicht vergleichsweise moderaten Rückgängen von 2,7% bei der Einkommensteuer und 9,1% bei der Gewerbesteuer geschätzt.

***„Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise kommen inzwischen in den Städten mit voller Wucht an“,***

so der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude in einem Interview Ende April. Rückgänge bei der Gewerbesteuer um 20% sind dabei nicht mehr fern jeglicher Realität. Gleichzeitig steigen als Folge der Rezession die Sozialausgaben in die Höhe. Im Bereich der Aufwendungen für Unterkunftskosten und andere Sozialleistungen schätzt der Städtetag hier Mehraufwendungen von zwei Milliarden Euro bundesweit.

Als weitere Belastung auf der Ausgabenseite kommen die Besoldungssteigerungen der Beamtinnen und Beamten ab März 2009 zum Tragen.

## ***AK Steuerschätzung***

## **Situation bei der Stadt Nürnberg**

Für 2009 kann die Stadt Nürnberg zunächst noch einen kleinen finanziellen Lichtblick für sich verbuchen. Bei den Schlüsselzuweisungen stehen u.a. bedingt durch das Herausfallen der Stadt München aus dem Verteilungssystem insgesamt 46 Mio. Euro mehr als geplant zur Verfügung. Diese Summe steht quasi als „Rezessionsrücklage“ im Ergebnishaushalt zur Verfügung.

Eine Analyse der Nürnberger Zahlen auf Basis des verabschiedeten Haushaltes 2009 und ausgewählter Ist-Zahlen 2008 ergibt folgendes Bild:

## Szenarien Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist die volatilste Einnahmequelle im Bereich der kommunalen Steuern bzw. der Steueranteile. Ihre starke Abhängigkeit von den Gewinnen und den Gewinnerwartung der Unternehmen hat, verbunden mit einigen gesetzlichen Änderungen, in den letzten zehn Jahren Werte bei der Stadt Nürnberg von knapp unter 200 Mio. Euro (2004) bis knapp über 400 Mio. Euro (2006) hervorgebracht.

Im Jahr 2008 konnte die Gewerbesteuer den hochgesteckten Planwert von 380 Mio. Euro nochmals erreichen. Im Ansatz 2009 wurde bei den Haushaltsberatungen im November 2008 bereits ein Abschlag von 6,9% auf einen Zielwert von 353,9 Mio. Euro vorgenommen.

### *Aktuelle Entwicklung in Nürnberg*

Die aktuellen Zahlen aus Nürnberg mit Stand Ende April geben ein geteiltes Bild wieder: Bei den absoluten Zahlen ist momentan noch kein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Beim „laufenden Soll“ wird auch im April noch knapp das Niveau der beiden Vorjahre erreicht. D.h. die Einnahmen liegen im Plan. Jedoch zeigen sich erste Verschiebungen innerhalb der Struktur der Gewerbesteuererträge. So profitiert die Stadt aktuell außerordentlich vom wirtschaftlich guten Jahr 2007, das nun veranlagt wird. Hier sind gegenüber dem Vorjahr sogar deutliche Steigerungen zu verzeichnen (50,2 Mio. € Veranlagungssumme mit Stand April 2009 vs. 24,9 Mio. Euro mit Stand April 2008). Dieser positive Effekt wird jedoch in absehbarer Zeit auslaufen. Rückgänge sind hingegen schon beim Frühindikator Vorauszahlungen zu verzeichnen (Aprilzahlen: 253,5 Mio. Euro im Vergleich zu 270,0 Mio. Euro im Vorjahresmonat).

Legt man die veröffentlichten Schätzungen des Städtetags bezüglich der Rückgänge der Gewerbesteuer zugrunde, so bewegt man sich grob in einem Korridor zwischen minus 10 und minus 20%, ausgehend vom Ergebnis 2008.

Für Nürnberg würde dies in 2009 folgende Zahlen bedeuten:

- -10%: 342 Mio. Euro (Abweichung Plan: -11,9 Mio. Euro)
- -15%: 323 Mio. Euro (Abweichung Plan: -30,9 Mio. Euro)
- -20%: 304 Mio. Euro (Abweichung Plan: -49,9 Mio. Euro)

Die Bandbreite der Einbußen bewegt sich somit zwischen knapp 12 und 50 Mio. Euro.

Führt man diese Berechnung für das Jahr 2010 fort, so ergibt sich folgendes Bild:

↓ Rückgang 2010 gegenüber 2009	Basis 2009: -10%	Basis 2009: -15%	Basis 2009: -20%
-10%	307,8 Mio. Euro	290,7 Mio. Euro	273,6 Mio. Euro
-15%	290,7 Mio. Euro	274,5 Mio. Euro	258,4 Mio. Euro
-20%	273,6 Mio. Euro	258,4 Mio. Euro	243,2 Mio. Euro

Im Jahr 2010 würde damit im günstigsten angenommenen Fall die Gewerbesteuer bei knapp 308 Mio. Euro, im ungünstigsten Fall bei gerade noch 243 Mio. Euro liegen. Gleichwohl sind Prognosen derzeit äußerst schwierig.

Im weiteren Verlauf dieser Prognose soll mit einem Rückgang um 15% auf 323 Mio. Euro in 2009 und einem nochmaligen Rückgang um 10% auf 290,7 Mio. Euro in 2010 gerechnet werden.

## **Szenarien Einkommensteuer**

Der Ansatz der Einkommensteuer wurde im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahresplan um 2,8% von 199 Mio. Euro auf 204,5 Mio. Euro erhöht. In 2008 konnte ein Wert von 202,8 Mio. Euro erreicht und somit der Planwert übertroffen werden.

Die Einkommensteuer hat sich in den letzten zehn Jahren zwischen 153 Mio. Euro und, als Höchstwert, den letztjährigen 203 Mio. Euro entwickelt. Sie ist damit zwar deutlich stetiger als die Gewerbesteuer, jedoch auch konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Insbesondere die bislang schon stark angestiegene Kurzarbeit und die prognostizierte zunehmende Arbeitslosigkeit werden sich hier deutlich bemerkbar machen.

Für 2009 und 2010 sollen in der Prognose deshalb jeweils 5%, ausgehend vom Istwert 2008, in Abzug gebracht werden.

Somit ergeben sich für die Einkommensteuer:

- 2009: 192,7 Mio. Euro (Abweichung vom Plan 2009: -11,8 Mio. Euro)
- 2010: 183,1 Mio. Euro (Abweichung vom Plan 2009: -21,4 Mio. Euro)

Im Bereich der Umsatzsteuer wurde das Ergebnis von 2008 (leicht über Plan) in den Folgejahren fortgeschrieben. Die restlichen Steuerarten haben sich in der Vergangenheit als relativ stabil erwiesen.

Zusammenfassend betrachtet sind somit Einnahmeausfälle von 42,7 Mio. Euro in 2009 und weiteren 41,9 Mio. Euro in 2010 zu befürchten. Addiert man die beiden Werte (neuer Wert 2009, Hochrechnung 2010), so bedeutet dies **ein um 84,6 Mio. Euro schlechteres Ergebnis der Erträge aus Steuern in 2010 gegenüber dem Planwert des Vorjahres 2009.**

## **Analyse von ausgewählten Aufwendungen**

Doch nicht nur die Einnahmeseite wird im laufenden und kommenden Jahr zusätzlichen Belastungen ausgesetzt, auch die Aufwendungen müssen, teils durch die Wirtschaftskrise, teils durch andere Faktoren, weiterem Druck standhalten.

Im folgenden wird anhand eines simulierten Ergebnishaushaltes auf Basis der Planwerte 2009 analysiert, welche Auswirkungen für das laufende Jahr zu erwarten sind und wie das Zahlenwerk für den Haushalt in 2010 zu erwarten wäre.

Die Hochrechnung für 2010 ersetzt dabei ausdrücklich nicht die laufenden feingliedrigen Haushaltsplanungen, sondern geht in weiten Teilen von einer ceteris paribus-Annahme aus und betrachtet nur die geschätzten Abweichungen ausgewählter Positionen. Es ist eine Prognose auf Basis der aktuell vorhandenen Informationen und daher mit aktuell besonders hohen Unsicherheiten behaftet.

Ergebnishaushalt	Hochrechnung 2010	Hochrechnung 2009	Plan 2009
<b>Gewerbesteuer</b>	290.700.000	323.000.000	353.860.000
<b>Gemeindeanteil Einkommensteuer</b>	183.061.083	192.695.877	204.500.000
<b>Gemeindeanteil Umsatzsteuer</b>	36.682.185	36.682.185	36.000.000
<b>Sonstige Steuern</b>	107.432.500	107.432.500	107.432.500
<b>+ Steuern</b>	617.875.768	659.810.562	701.792.500
<b>+ Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse</b>	337.490.360	337.490.360	291.490.360
<b>+ Sonstige Transfererträge</b>	4.014.000	4.014.000	4.014.000
<b>+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt</b>	61.674.485	61.063.847	61.063.847
<b>+ Privatrechtliche Leistungsentgelte</b>	34.889.104	34.553.568	34.553.568
<b>+ Erträge Kostenerstattungen, Kostenumlagen</b>	106.679.340	105.623.109	105.623.109
<b>+ Ertr. a. d. Aufl. v. Sonderp. f. Inves</b>	31.969.684	31.969.684	31.969.684
<b>+ Sonstige ordentliche Erträge</b>	53.172.460	52.646.000	52.646.000
<b>+ Aktivierte Eigenleistungen</b>	4.595.700	4.595.700	4.595.700
<b>+/- Bestandsveränderungen</b>	753.000	753.000	753.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	1.253.123.901	1.292.519.830	1.288.501.768
<b>- Personalaufwendungen Aktiv</b>	324.157.804	320.314.036	316.314.036
<b>- Personalaufwendungen Passiv</b>	159.720.324	191.692.324	173.722.324
<b>- Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen</b>	156.722.992	155.220.784	155.220.784
<b>- Abschreibungen</b>	64.521.399	64.521.399	64.521.399
<b>- Transferaufwendungen</b>	553.465.048	535.062.546	527.512.300
<b>- Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	49.075.519	48.589.623	48.589.623
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	1.307.713.086	1.315.400.712	1.285.880.466
<b>= Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	- 54.589.185	- 22.880.882	2.621.302
<b>+ Finanzerträge</b>	19.852.200	19.852.200	19.852.200
<b>- Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	57.684.200	57.684.200	57.684.200
<b>= Finanzergebnis</b>	- 37.832.000	- 37.832.000	- 37.832.000
<b>= Ordentliches Jahresergebnis</b>	- 121.284.127	- 77.942.882	- 35.210.698
<b>+ Außerordentliche Erträge</b>	626.400	626.400	626.400
<b>- Außerordentliche Aufwendungen</b>	171.300	171.300	171.300
<b>= Außerordentliches Jahresergebnis</b>	455.100	455.100	455.100
<b>= Jahresergebnis</b>	- 91.966.085	- 60.257.782	- 34.755.598
<b>+ Globalkonsolidierung / Budgetbelastung</b>	21.064.935	11.964.935	11.964.935
<b>= Jahresergebnis nach Konsolidierung</b>	- 70.901.150	- 48.292.847	- 22.790.663

Erläuterungen zur Tabelle:

- Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse wurden gegenüber dem Plan 2009 um die zusätzlichen Erträge aus Schlüsselzuweisungen i.H.v. 46 Mio. Euro fortgeschrieben. Diese Höhe wurde auch im Jahr 2010 übernommen. Spätestens in 2011 ist damit zu rechnen, dass dieser Sonderbezug aufgrund des Wiedereinbezugs der Stadt München wegfällt.

- Die Leistungsentgelte (öffentlich-rechtlich und privatrechtlich), die Kostenerstattungen und die sonstigen ordentlichen Erträge wurden in 2010 um 1% erhöht.
- Die aktiven Personalaufwendungen wurden nach einer Hochrechnung des Personalamtes an die verabschiedete Besoldungserhöhung angepasst. Das Gesetz sieht seit März 2009 eine Erhöhung des Sockelbetrages um 40 Euro pro Monat und linear 3,0%, sowie ab März 2010 eine weitere Erhöhung um 1,2% vor.
- Die passiven Personalaufwendungen wurden durch eine Prognoseberechnung ermittelt. Den Berechnungen liegt zugrunde, dass im Jahr 2009 das Pensionsalter mit 67 eingeführt wird. Die oben genannten Besoldungserhöhungen für 2009 und 2010 waren zum Zeitpunkt der Planung 2009 nicht in der eingetretenen Höhe absehbar. Die Erhöhungen müssen komplett im Rückstellungsbestand 2009 berücksichtigt werden und führen daher einmalig zu einer deutlichen Erhöhung der Aufwendungen. Dies wird etwas abgemildert durch den Entlastungseffekt aufgrund der Anhebung des Pensionsalters. Ferner sind Zuführungen zu den Beihilferückstellungen vorzunehmen.
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden mit einer Teuerungsrate von einem Prozent abgebildet.
- Der Block der Transferaufwendungen, der neben den Sozialleistungen auch die Aufwendungen für die Verlustausgleiche der kommunalen Unternehmen (s.u.) und die Bezirksumlage umfasst, steht durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise unter starkem Druck. Während die Bezirksumlage in 2009 noch ca. 3 Mio. Euro niedriger ausfällt als ursprünglich geplant (bereits 2010 ist aber wegen der höheren Steuerkraft aus dem Jahr 2008 wieder mit höheren Umlagen zu rechnen), ist in den anderen Bereichen mit einer Steigerung der Ausgaben zu rechnen. Präzise Prognosen erweisen sich an dieser Stelle als äußerst schwierig. Für 2009 wird deshalb von einem um 2% erhöhten Ansatz ausgegangen. Im Jahr 2010 als prognostizierter Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung wird ein weiterer Aufschlag auf die Aufwendungen in Höhe von 4% vorgenommen.

### **Beteiligungen**

Für die großen städtischen Beteiligungen bestehen für 2009 und 2010 Ergebnisrisiken:

Die Erlösentwicklung für das Klinikum Nürnberg wird insbesondere von der weiteren Entwicklung der Fallzahlen abhängen, da davon auszugehen ist, dass der durchschnittliche Erlös je Behandlungsfall konvergenzbedingt weiter sinken wird. Risiken sind daher in erster Linie in der zukünftigen Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu sehen.

Für die N-ERGIE begründen sich die Risiken im Wesentlichen im Ölpreisverfall und der entsprechenden parallelen Bewegung der Erdgaspreise. Zudem ist vertriebsseitig mit Mengentrüben zu rechnen, wenn die Produktion bei Kunden eingeschränkt wird. Auch auf der Energienetzseite überwiegen angesichts der rückläufigen transportierten Mengen die Risiken. Die VAG ist ebenfalls von den allgemeinen Entwicklungen wie der erwarteten höheren Arbeitslosigkeit betroffen, hält aber an ihren Ergebniszielen fest. Voraussetzung ist, dass öffentliche Zuschüsse für Busse und Bahnen wie erwartet erfolgen, die Tarifentwicklung wie geplant realisiert wird und auf Grund der wieder fallenden Kraftstoffpreise keine Verlagerung von ÖPNV-Nutzung auf den Individualverkehr stattfindet.

- Die Globalkonsolidierung und damit die finanzwirksam erreichten Ergebnisse des Sparpaketes wird in 2010 mit gut 21 Mio. Euro angesetzt.
- Alle anderen Positionen des Ergebnishaushaltes wurden unverändert fortgeschrieben.

## **Bildungsgipfel**

Die Aufwendungen für die Umsetzung des kommunalen Bildungsgipfels und damit insbesondere für den massiven Ausbau von Ganztageschulen sind derzeit vom Bereich des 3. Bürgermeisters noch nicht beziffert. Hier sind sowohl konsumtiv, als auch investiv weitere Belastungen in Millionenhöhe zu erwarten. Insbesondere bei den städtischen Schulen werden durch eine Verschlechterung der Förderrichtlinien zusätzliche Belastungen erwartet.

Die Auswirkungen der veränderten Positionen werden deutlich. Ein zunächst in der Planung positives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit für 2009 wird in den Hochrechnungen negativ.

Besonders deutlich wird die Simulation beim Jahresergebnis nach Konsolidierung:

**Das geplante Defizit 2009 in Höhe von 22,8 Mio. Euro verdoppelt sich in der Hochrechnung auf einen Wert von 48,3 Mio. Euro.**

**Für 2010 ist gar ein Defizit von gut 70 Mio. Euro zu befürchten.**

Auch beim Finanzhaushalt lässt sich analog die Verschlechterung der Zahlen ablesen:

Ein positiver Cashflow aus Verwaltungstätigkeit kann im Jahr 2010 nicht mehr erreicht werden. Der über Kredite zu finanzierende Finanzmittelfehlbetrag steigt von 70,3 Mio. Euro in gültigen Planung auf 95,6 Mio. Euro in der Hochrechnung 2009 bis auf 140,5 Mio. Euro im Jahr 2010. Mit Berücksichtigung der geplanten Kreditaufnahme abzüglich der Tilgungen von 66,1 Mio. Euro (Nettokreditaufnahme) ergibt sich ein Finanzmittelfehlbestand von 29,5 Mio. Euro. Dramatisch wird die Situation in 2010. Die im Finanzplan veranschlagte Nettoneuverschuldung sollte hier 62,1 Mio. Euro betragen. Rechnet man diese mit ein, würde sich ein unrealistischer Fehlbetrag von 78,4 Mio. Euro in der Kasse ergeben. Diese müssten zusätzlich über Kassenkredite abgedeckt werden.

Das Konjunkturpaket wurde verteilt auf die Jahre 2009 bis 2011 (Rückflüsse von der Regierung 2010/11) mit nach aktuellem Kenntnisstand ca. 7 Mio. Euro Eigenmittel eingeplant. Im Investitionsbereich wurden ansonsten aufgrund der Deckelung des MIP ceteris paribus Annahmen getroffen.

Finanzhaushalt	Hochrechnung 2010	Hochrechnung 2009	Plan 2009
<b>Steuern</b>	-617.875.768	-659.810.562	-701.792.500
<b>Einzahlungen Zuweisungen / Zuschüsse</b>	-337.490.360	-337.490.360	-291.489.360
<b>Sonstige Transfereinzahlungen</b>	-4.014.000	-4.014.000	-4.014.000
<b>Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte</b>	-61.674.485	-61.063.847	-61.063.847
<b>Privatrechtliche Leistungsentgelte</b>	-34.899.104	-34.553.568	-34.055.968
<b>Einzahlungen Kostenerstattungen</b>	-106.679.340	-105.623.109	-105.705.309
<b>Sonst. Einzahl. lfd. Verwaltungstätig.</b>	-62.637.473	-62.017.300	-62.017.300
<b>Zinsen, Rückflüsse von Darlehen</b>	-9.966.200	-9.966.200	-9.966.200
<b>Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	-1.235.236.730	-1.274.538.946	-1.270.104.484
<b>Personalauszahlungen</b>	389.878.174	385.255.113	381.255.113
<b>Versorgungsauszahlungen</b>	89.948.070	88.881.492	85.875.838
<b>Auszahlungen f. Sach- und Dienstleist.</b>	153.429.488	151.910.384	151.910.384
<b>Zinsen, Gewährung von Darlehen</b>	60.957.800	60.957.800	60.957.800
<b>Transferauszahlungen</b>	562.177.749	540.555.528	529.956.400
<b>Sonst. Auszahl. lfd. Verwaltungstätig.</b>	46.903.514	46.439.123	46.439.123
<b>Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	1.303.294.796	1.273.999.440	1.256.394.658
<b>Cashflow aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	68.058.066	-539.505	-13.709.826
<b>Konsolidierung / Budgetbelastungen</b>	-21.064.935	-11.964.935	-11.964.935
<b>Cashflow lfd. Verwaltungstät. n. Konsolidier.</b>	46.993.131	-12.504.440	-25.674.761
<b>Investitionszuweisungen, -zuschüsse</b>	-70.180.000	-55.530.000	-55.530.000
<b>Einzahl. aus Veräuß. von Vermögensgeg.</b>	-13.007.000	-13.007.000	-13.007.000
<b>Auszahlungen für eigene Investitionen</b>	161.145.800	161.145.800	149.045.800
<b>Ausz. von Zuwendungen für Inv. Dritter</b>	14.357.000	14.357.000	14.357.000
<b>Einzahlungen aus Verkauf Finanzanlag.</b>	-1.276.000	-1.276.000	-1.276.000
<b>Auszahlung aus Erwerb von Finanzanlag.</b>	2.426.000	2.426.000	2.426.000
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	93.465.800	108.115.800	96.015.800
<b>Finanzmittelüberschuß/-fehlbetrag</b>	140.458.931	95.611.360	70.341.039
<b>Aufnahme von Krediten für Investition</b>	-94.468.000	-110.000.000	-110.000.000
<b>Tilgung von Krediten aus Investition</b>	32.374.000	43.900.000	43.900.000
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	-62.094.000	-66.100.000	-66.100.000
<b>Finanzmittelfehlbeträge</b>	78.364.931	29.511.360	4.241.039

Die Zahlen machen deutlich, dass die vorhersehbaren Defizite und die Entwicklung der Neuverschuldung nicht weiter ungebremst steigen können. Deshalb sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Effekte wenigstens abmildern zu können. Selbst wenn sich die Lage nicht wie prognostiziert entwickeln wird, geben die Zahlen noch Anlass zur Sorge!

## **B – Erforderliche Maßnahmen**

### **1) Sofortmaßnahmen für 2009**

#### **Vollzug 2009**

Im Vorgriff auf die Behandlung in dieser Ältestenratssitzung wurden von der Verwaltung mit Mitteilung Nr. 28 B vom 27.04.2009 bereits einige erste Sofortmaßnahmen für den Haushaltsvollzug 2009 eingeleitet.

Diese umfassen folgende Punkte:

- Die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 vom Stadtrat am 21.11.2008 zum Haushaltsvollzug beschlossenen Sperren von Haushaltsmitteln werden in Einzüge umgewandelt (Einsparvolumen ca. 1,6 Mio. Euro).
- Neue Maßnahmen und Projekte, für die bei den Haushaltsberatungen 2009 keine bzw. nicht in ausreichender Höhe Mittel zur Verfügung gestellt wurden, dürfen nicht begonnen werden. Stk ist angehalten, solche Anträge der Dienststellen, auch bei Budgetdeckung, restriktiv zu behandeln.

Desweiteren wird eine zusätzliche Reduzierung der Budgetvolumina um weitere 2% und einem zusätzlichen Einsparvolumen von 1,6 Mio. Euro für dringend notwendig erachtet.

#### **Wiederbesetzungssperre/Einstellungsstopp**

Die Wiederbesetzungssperre hilft als kurzfristiges Instrument, Personalkosten in geringem Umfang zu reduzieren. Sie sind dann finanziell wirksam, wenn Einstellungen von außen aufgeschoben werden und wenn Budgetgutschriften für freigehaltene Stellen (50% der Aktivpersonalaufwendungen, vgl. Budgetregeln) ausgesetzt werden, so dass die Mittel nicht anderweitig verausgabt werden können.

Nach den Erfahrungen der Jahre 1988 und 2000 soll sich die Wiederbesetzungssperre nicht auf den stadtinternen Arbeitsmarkt erstrecken, da hier nur der Ort des Entstehens der Personalaufwendungen geändert wird, jedoch effektiv für die Stadt keine Ersparnis zu erzielen ist.

Konkret sieht das Konzept derzeit folgende Rahmenbedingungen vor:

- Der Einstellungsstopp von außen beginnt am 1. Juni 2009. Bislang eingeleitete Stellenbesetzungsverfahren werden unter den bisherigen Bedingungen abgeschlossen. Die Maßnahmen gelten, in eigener Verantwortung, auch für die Eigenbetriebe.
- Alle Budgetgutschriften für freigehaltene Stellen werden im oben genannten Zeitraum ausgesetzt. Dies gilt auch für aktuell laufende Budgetgutschriften.
- Zum Ausgleich der verzögerten Stellenbesetzung dürfen keine bezahlten Überstunden angeordnet werden oder Arbeiten kostenwirksam vergeben werden.
- Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre sind:
  - Personal in Kindertagesstätten, sowie Lehrerinnen und Lehrer
  - Sozialpädagoginnen und –pädagogen des Allgemeinen Sozialdienstes und Schulsozialpädagogischen Dienstes bei J und des sozialpädagogischen Fachdienstes bei SHA
  - Mitarbeiter im Schicht- und Wechselschichtdienst (z.B. Feuerwehrvollzugsdienst und Schichtdienst in der Integrierten Leitstelle)
  - Hochbauamt und Stellenkapazitäten bei Abwicklung des Konjunkturpakets in anderen Ämtern

- der Bereich der Ausbildungsverhältnisse (inkl. der bislang praktizierten Übernahme)
- Stellenbesetzungen aufgrund von Elternzeiten
- nur nach Abstimmung mit OrgA und Stk sind ausgewählte Stellenbesetzungen bei SÖR zum Aufbau der Struktur möglich

Der Einspareffekt für den Einstellungsstopp wird auf 0,625 bis 0,75 Mio. Euro geschätzt. Dazu addieren sich für die Budgeteinsparungen weitere 0,85 Mio. Euro, so dass in Summe mit ca. 1,5 bis 1,6 Mio. Euro einmaliger Einsparung gerechnet werden kann.

### **Reduzierung weiterer Positionen**

Im Zuge der Einsparmaßnahmen wird vorgeschlagen, bei den Sachkonten Dienstreisen und beim beweglichen Vermögen jeweils Reduzierungen vorzunehmen. Im Bereich Dienstreisen sollen im laufenden Jahr die Ansätze um ca. 15% gekürzt werden (entspricht einer Summe von 100.000 Euro), beim beweglichen Vermögen um 5% (entspricht 200.000 Euro).

In Summe addieren sich die Einsparvorschläge für das verbleibende Jahr 2009 somit auf einen Gesamtbetrag von ca. 5,1 Mio. Euro.

## **2) Planungsvorgaben für die Haushaltsplanaufstellung 2010**

### **Ertragsverbesserungen**

Mit oben erwähnter Mitteilung wurden die Dienststellen nochmals bereits im Vorfeld aufgefordert, im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren für 2010 die Ertragsansätze, insbesondere bei den Benutzungsgebühren und bei den privatrechtlichen Entgelten, mit dem Ziel einer Erhöhung zu überprüfen.

### **„Kämmererhaushalt“**

Kämmererhaushalt bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine sehr restriktive Aufstellung der Planwerte erfolgt.

- Der Grundsatz eines „0-Wachstums“ der Planwerte wird strikt verfolgt. Sonst übliche prozentuale Erhöhungen finden im Bereich der Aufwendungen nicht statt, in einigen Bereichen finden Kürzungen statt.
- Die Budgets und Plafonds werden um 5% (zusätzlich zur bislang praktizierten Pauschalkürzung um 2%) zurückgefahren. (Einsparerwartung: 4 Mio. Euro)
- Nicht z.B. durch dauerhafte Einsparungen an anderer Stelle finanzierte neue Maßnahmen und Projekte werden, auch bei positiver Behandlung durch einen Stadtratsausschuss, nicht in den Entwurf des Haushaltes 2010 aufgenommen. Die Stadtratsfraktionen/-gruppen, die Ausschussgemeinschaft und der Einzelstadtrat werden im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2010 über diese Beschlüsse und Ausschussgutachten mit finanziellen Auswirkungen informiert.
- Die Notwendigkeit bereits in der Vergangenheit begonnener Projekte wird einer kritischen Würdigung unterzogen und ggf. werden Kürzungen in den Planungen vorgenommen.

## **Einstellungsstopp im Jahr 2010**

Der oben dargestellte Einstellungsstopp wird im Jahr 2010 fortgeführt. Im Gesamtjahr ließe sich somit ein Betrag von ca 3 Mio. Euro incl. Budgetgutschriften einsparen.

## **Eigenbetriebe**

Auch die Eigenbetriebe müssen – soweit sie nicht Kostendecker sind – ihren Einsparbeitrag über die Verlustausgleiche erbringen. Im Rahmen der Wirtschaftsplanaufstellung für das Jahr 2010 sind daher auch dort konsequent die Aufwendungen zu reduzieren und/oder die Erträge zu steigern.

## **Pauschalen**

Die Baupauschale für den allgemeinen Hochbau wird im Mittelfristigen Investitionsplan bei Ref. II mit einem jährlichen Betrag von 4,5 Mio. Euro angesetzt. Nach einer Detailplanung wird dabei in der Regel der größte Anteil für konsumtive Maßnahmen verwendet. Für 2010 wird vorgeschlagen, einmalig die Baupauschale auszusetzen. Dies trägt auch zur Abarbeitung der aufgelaufenen Haushaltsreste bei.

Das bewegliche Vermögen wird um 20% gekürzt (Einsparsumme: 0,8 Mio. Euro).

Alle übrigen Pauschalen des Mittelfristigen Investitionsplanes in den Bereichen Feuerwehr, Tiergarten, Sportanlagen, Schulen, DV-Verfahren, sonstiges Vermögen, Umwelt, Grünanlagen, Spielhöfen, Kleingärten, Kinder & Jugend, Kanalanschlüsse, weiterer Hochbaupauschalen, Straßen, Lärmschutz, Radwege, U-Bahn, Liegenschaften und Wohnbaufinanzierung werden um 20% gekürzt (Aufzählung nicht abschließend).

## **Freiwillige Zuschüsse**

Die freiwilligen Zuschüsse der Stadt (sogenannte Art 5-Zuschüssen) sind im Haushalt mit 15,3 Mio. Euro angesetzt. Da die Last möglichst gleichmäßig über die Stadt verteilt werden sollte, sind auch hier Kürzungen unumgänglich. Es wird eine pauschale Kürzung der Mittel um 10% vorgeschlagen (Einsparsumme 1,5 Mio. Euro).

## **Mittelfristiger Investitionsplan (MIP)**

Die städtischen Investitionen haben mit geplanten 129 Mio. Euro Eigenmitteln für das Jahr 2009 eine neue Dimension erreicht. Weitere ca. 7 Mio. Euro werden in den Jahren 2009 bis 2011 im Rahmen des Konjunkturpaktes II an städtischen Eigenmitteln vonnöten sein. Insgesamt sind in der Vierjahressicht damit deutlich über eine halbe Milliarde Euro an städtischen Mitteln verplant.

Die kommunalen Investitionen wirken sich als Mittelabfluss unmittelbar auf den Finanzhaushalt der Kommune und mittelbar über Abschreibungen und finanzierungsbedingte Zinsaufwendungen auf den Ergebnishaushalt aus. Ferner sind bei neuen Einrichtungen die zusätzlichen Personal- und Betriebskosten zu beachten.

Eine Verschieben von Projekten und Maßnahmen führt dadurch zu einer Entlastung des aufgelaufenen Defizits und trägt unmittelbar zu einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung bei.

**Eine Prüfung der Reduzierung des Mittelfristigen Investitionsplans und eine Streckung der darin enthaltenen Maßnahmen ist damit vor dem Hintergrund einer dringend notwendigen Entlastung des Haushaltes erforderlich.**

Die Aufstellung des MIP im vergangenen Jahr ging von der Prämisse aus, dass die Investitionen für den Vier-Jahres-Zeitraum in Gänze festgelegt werden und Änderungen oder Verschiebungen nur mit entsprechend saldoneutralen Deckungen möglich sind. Durch eine Reihe von Forderungen und auch Beschlüssen in Gremien, sowie durch Änderungen von Rahmenbedingungen ist diese Deckelung mittlerweile zusätzlich in Gefahr geraten. Im Bereich Schule lässt z.B. das Programm für Ganztageseschulen "FAGplus15" trotz Konnexitätsprinzip erhebliche Investitionen erwarten. Der Erwartungsdruck hinsichtlich einer sofortigen Realisierung der Grundschule St. Leonhardt ist ein weiteres Beispiel.

Auf der anderen Seite stehen Haushaltsreste i.H.v. 152 Mio. Euro, die nicht in den geplanten Investitionsjahren umgesetzt werden konnten. Dies führt deutlich vor Augen, dass die Realisierung und der Mittelabfluss schon jetzt signifikant den Planungen hinterherhinken.

Maßnahmen, die in den Haushaltsberatungen in den Mittelfristigen Investitionsplan aufgenommen wurden, repräsentieren bis auf wenige Projekte, die nicht zur Realisierung gelangen, die notwendigen Investitionen der Stadt, über die ein breiter Konsens im Stadtrat erzielt wurde.

Streichungen, das haben Überlegungen in der Vergangenheit gezeigt, sind daher nur in Ausnahmefällen möglich.

Der Stadtrat muss daher mit Vorlage des nächsten MIP bei den Haushaltsberatungen die zeitliche Verschiebung von Projekten in Kauf nehmen, neue Projekte können ohne Vorlage einer Deckung vorerst auch weiterhin nicht berücksichtigt werden.

Auch eine Realisierung über ÖPP löst das Problem nicht wirklich, vielmehr werden nur die Aufwendungen über die Jahre gestreckt und sorgen so für eine ständig steigende Vorfestlegung von Mitteln, die anderweitig dann nicht mehr disponiert werden können.

Ein offenes Wort:

Mit der Streckung von Investitionen reiht sich die Stadt Nürnberg in das prozyklische Verhalten vieler Unternehmen ein, die Ausgaben in Zeiten eines besseren konjunkturellen Umfelds zu verlagern. Das Konjunkturpaket mildert an dieser Stelle den Effekt etwas ab. Auch steht nicht zu befürchten, dass die Stadt die Ausgaben radikal zurückfährt. Damit hebt sie sich wieder von vielen Unternehmen ab. Notwendig ist jedoch eine Reduzierung mit Augenmass, zum einen die Verschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren, zum anderen um zumindest im Ansatz eine Abarbeitung der noch ausstehenden Maßnahmen zu ermöglichen.

Die Kriterien für die Auswahl der Maßnahmen war dem Konsens der Stadtratsentscheidungen und dem gesunden Menschenverstand folgend:

- Keine Maßnahmen aus dem Schul – und Kinderbetreuungsbereich
- Keine bereits begonnenen Maßnahmen

Folgende Maßnahmen werden im Jahr 2010 mit drei unterschiedlichen Prioritätsstufen zur Verschiebung vorgeschlagen:

**Priorität 1:**

Maßnahme	Reduzierung des MIP im Jahr 2010
NürnbergMesse: Kapitalerhöhung	3.000.000 Euro
Stadtmauer: Sanierung und Wiederherstellung der Wehrmauern	690.000 Euro
Bauhöfe Tiefbauamt: Bewegliches Vermögen (Pauschale) – in Wirtschaftsplan SÖR!	232.000 Euro
Straßenbahntrasse Pillenreuther Straße	700.000 Euro
Kongresshalle; Aufzug Nullachse, Lüftungs- und Heizungsanlage	1.050.000 Euro
Baukonzession Volksbad	3.200.000 Euro
Anlegestelle für Kabinenschiffe	1.300.000 Euro
Summe	10.172.000 Euro

Ferner ist, wie bereits oben beschrieben, die Baupauschale im Jahr 2010 mit null Euro anzusetzen.

**Priorität 2:**

Maßnahme	Reduzierung des MIP im Jahr 2010
Einführung eines Dokumentenmanagementsystems	2.105.000 Euro
Gemeinschaftshaus Langwasser	2.233.000 Euro
Kinder- und Jugendhaus Pastoriussiedlung	500.000 Euro
Summe	4.838.000 Euro

Darüber hinaus ist bei folgenden Maßnahmen über eine Verschiebung nachzudenken:

**Priorität 3:**

Maßnahme	Reduzierung des MIP im Jahr 2010
Neubau Feuerwache 1 mit Grunderwerb	1.500.000 Euro
Höfener Spange zwischen Südwesttangente und Leyher Str.	1.025.000 Euro
Bund-Länder Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Nördliche Altstadt	300.000 Euro
Summe	2.825.000 Euro

Im Jahr 2010 wäre somit bei Umsetzung aller drei Prioritätsstufen eine Reduzierung des MIP-Volumens um 17.835.000 Euro möglich.

Auf der anderen Seite stehen auch zusätzliche, noch nicht quantifizierbare Investitionen in der Diskussion, so z.B. die schon angesprochene Umsetzung des Bildungsgipfels mit dem Aufbau gebundener Ganztagszüge an Grund- und Hauptschulen.

### 3) Sparpaket

Der Stadtrat hat am 20.11.2008 im Rahmen des Sparpakets 2009 insgesamt 33 Maßnahmen im Volumen von 49,6 Mio Euro beschlossen. Das Sparpaket gliedert sich bekanntermaßen in drei Stufen:

- Stufe 1 im Jahr 2009 (Ziffern 1-3: 13,8 Mio. Euro): Auf der Aufwandsseite werden Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2009 und Verlustausgleichsverpflichtungen verringert. Auf der Ertragsseite werden durch Erhöhung der Konzessionsabgabe zusätzliche Erträge generiert.
- Stufe 2 im Jahr 2010 (Ziffern 4-30, 32: 25 Mio. Euro): Für die Stufe 2 wurden Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung mit einem Gesamtvolumen von 18 Mio. Euro für die Jahre 2009/2010 erarbeitet und vom Stadtrat beschlossen. An der konkreten Umsetzung der Einzelmaßnahmen wird derzeit gearbeitet.
- Stufe 3 von 2011 - 2015 (Ziffern: 31, 33: 10 Mio. Euro): Im Rahmen der dritten Stufe sollen weitere Sparbeiträge mit einer Gesamtsumme von 10 Mio. Euro unter dem Arbeitstitel „Nürnberg 2015 – moderne Stadtverwaltung der Zukunft“ erbracht werden.

Für die aktuelle Umsetzung ist festzuhalten, dass die Vorschläge der Stufe 1 in Höhe von 13,8 Mio. Euro in den Haushalt 2009 eingearbeitet wurden, sich die geplante Gewinnabführung der Sparkasse an die Stadt Nürnberg jedoch nicht realisieren lässt.

Im Rahmen der Stufe 2 können nach derzeitigem Stand von den geplanten 25,9 Mio. Euro bereits 5,4 Mio. Euro in Vollzug gesetzt werden. An der Realisierbarkeit weiterer Einsparbeiträge in Höhe von 13,4 Mio. Euro wird bereits in allen Geschäftsbereichen und Dienststellen gearbeitet, u.a. die Reduzierung der Personalkosten durch den Abbau von überplanmäßigen Kräften (3,1 Mio. Euro), der Optimierung des Facility Managements oder der Nutzung bzw. Verwertung „brachliegender“ Grundstücke (1,5 Mio. Euro).

Die Bereitschaft zur Umsetzung der Sparbeschlüsse, zur Not auch mit Ersatzmaßnahmen ist nicht in allen Referaten vorhanden. Das „St. Floriansprinzip“ („Verschon mein Haus, zünd andere an!“) hat in der Vergangenheit zu oft funktioniert. Hier ist in der letzten Konsequenz dann der Stadtrat gefordert.

Daneben soll ein weiterer Einsparbetrag in Höhe von mindestens 7 Mio. Euro durch kurzfristig umsetzbare Vorschläge mithilfe der externen Beratung erreicht werden. In einem ersten Schritt wird derzeit eine Potenzialanalyse der Haushalts- und Aufgabenstruktur zur Identifizierung von Einsparmöglichkeiten durchgeführt.

Mit der Umsetzung der Stufe 3 soll erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen 2010 begonnen werden.

## C – Folgerungen

Die Zahlen dieses Papiers sind deutlich. Auch wenn man bedenkt, dass die Entwicklung alle föderalen Ebenen trifft. So wird nach aktuellen Schätzungen die Neuverschuldung des Bundes von geplanten 37 Mrd. € auf ca. 80 – 90 Mrd. € steigen, also mindestens eine Verdoppelung. Aber das ist kein wirklicher Trost.

Dieser Vorlage, den hierin beschriebenen Szenarien und Maßnahmen liegen folgende Handlungsprämissen und Überzeugungen zugrunde:

- Kein Aufbau von durchsichtigen Drohszenarien, deren Wirkung auf den Stadtrat sich schnell abnutzt. Deshalb hat die Verwaltung mit einer Vorlage zur Haushaltssituation bewusst gewartet bis einigermaßen belastbare eigene Zahlen und die Daten der neuesten Steuerschätzung vorliegen.
- Kein Vorschlag von sog. vordergründig harten, öffentlichkeitswirksamen Haushaltssperrenmaßnahmen, die zu einem großen Teil unsinnig, zum anderen Teil nur mit einem sehr hohen Ressourcenaufwand durchzusetzen sind. Die Erfahrungen unserer Verwaltung aus der Vergangenheit waren hier handlungsleitend.
- Das Vermeiden von Kahlschlagmaßnahmen mit der Folge des Zerstörens von gewachsenen, für die Stadtgesellschaft wichtigen Strukturen, die dann in späteren Jahren mit hohem Ressourceneinsatz wieder neu aufgebaut werden müssten.
- Die Herausforderung für die Haushaltsaufstellung 2010 wird sein, einen genehmigungsfähigen Haushalt unter den schwierigen Rahmenbedingungen aufzustellen und auf der anderen Seite der Pflicht der öffentlichen Hand, in einer solchen Wirtschaftssituation konjunkturstützend zu agieren, nachzukommen. Wer ein massives Herunterfahren öffentlicher Haushalte zur Begrenzung der Defizite fordert, nimmt in Kauf, dass eine Überwindung der Rezession in Gefahr gerät.

Der von der Mehrheit des Stadtrats mit den letzten Haushaltsberatungen beschlossene Weg ist vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht falsch. Zur Erinnerung nochmals die Eckpunkte:

- Umsetzung eines erhöhten Investitionsbedarfs insbesondere im Bereich Schulen und Kinderbetreuung
- Sparen bei den Töchtern und im Kernhaushalt, um mittelfristig die Eigenfinanzierungsfähigkeit zu verbessern und die Nettoneuverschuldung im Griff zu halten
- Einhaltung der Rahmenvereinbarung zwischen Stadt und Gesamtpersonalrat

Es ist ein rationaler Ansatz, der nur funktioniert, wenn alle Bestandteile eingehalten werden. Das Durchhalten des Investitionsniveaus ist nur möglich, wenn das Sparpaket umgesetzt wird.

Und jetzt wird es entscheidend:

Wenn darüber hinaus verstanden wird, dass wir uns in den letzten 3 Jahren am oberen Ende unserer finanziellen Möglichkeiten bewegt haben. Es ist nicht möglich, bei Ausgaben und Aufgaben immer weiter oben drauf zu satteln, ohne an anderer Stelle etwas zu sparen.

Und um deutlich zu werden:

- Es gibt bisher keine spürbare Selbstverpflichtung der Verwaltungsspitze auf einen konsequenten Sparkurs. Es werden, als wäre nichts passiert, weiter neue Projekte, Stellen und Sachausgaben gefordert und zum Teil auch durchgedrückt. Die Umsetzung des Sparpakets wird mehr oder weniger lustlos begleitet, gerne verzögert oder verhindert, selten aktiv

betrieben. Sparen ist nach herrschender Meinung Sache der zuständigen Querschnittsreferenten und des Oberbürgermeisters.

- Und auch der Stadtrat gibt der Verwaltung kein geschlossenes Bild einer Selbstverpflichtung zur Einschränkung. Der politische Wettbewerb um das konsequenteste Sparverhalten ist noch nicht entbrannt. Unterjährige Stellenschaffungsanträge ohne wirkliche Dringlichkeit sprechen hier eine deutliche Sprache. Es ist vom Stadtrat akzeptiert, dass die Fachreferenten die Aufgabe haben, „im Sinne eines Eintretens für die eigenen fachlichen Belange“ Geld auszugeben. Sparen wird in den Fachausschüssen bisher kaum eingefordert. Die aktuell wabernde Diskussion über einen angeblich notwendigen neuen Konzertsaal dürfte vor dem Hintergrund der Zahlen dieses Papiers für viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nachvollziehbar sein.
- Es sind insbesondere zwei Bereiche, die aktuell noch mehr als andere ausgabensteigernd wirken: die Bildungs- und Schulpolitik sowie die Sozialpolitik. Beide sind aufgrund des Problemdrucks in der aktuellen stadtpolitischen Diskussion nahezu sakrosankt. Dennoch seien folgende Anmerkungen erlaubt:
  - Der Wille, in der Bildungspolitik voranzukommen, hat in den letzten Jahren dazugeführt, dass wir als Kommune bereitwillig vorangegangen sind bei der Schaffung neuer Angebote und Strukturen. Und auch der Bildungsgipfel hat für die Kommunen finanzpolitisch kein gutes Ergebnis gebracht. Die finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Ganztagesschulgruppen, einer Kernaufgabe des Freistaats Bayern, kostet die Stadt die nächsten Jahre Millionenbeträge und ist ein Einfallstor für neue, künftige Kosten. Dass man sich von Seiten der kommunalen Spitzenverbände darauf einlässt, dass die Einrichtung von Ganztageszügen auf Antrag der Kommunen und damit unter Umgehung des Konnexitätsprinzips geschieht, ist ebenfalls kein gutes Verhandlungsergebnis. Dies alles vor dem Hintergrund, dass sich der Freistaat Bayern immer noch mit einem ausgeglichenen Haushalt brüstet, verschlechtern sich hier die Belastungsverhältnisse zunehmend. Der Problemdruck von Großstädten wie Nürnberg und deren Bereitschaft zur Problemlösung wird ausgenutzt. Dies sollte zum Nachdenken Anlass geben.
  - Die gesellschaftlichen Entwicklungen und die daraus erwachsenden sozialpolitischen Herausforderungen sind bekannt. Es ist unstrittig, dass es richtig ist, bestimmten Entwicklungen jetzt entgegenzutreten, um krisenhafte Entwicklungen zu vermeiden. Ein Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Städtetags in Berlin-Neukölln hat dies vor wenigen Tagen den dort versammelten Kämmerern vor Augen geführt. Es bleibt aber auch richtig, dass die Ausgaben nicht weiter wachsen dürfen, weil die Einnahmen nicht mitwachsen. Soziale Standards, die sich an einem Mittelschicht-Wohlstandsmodell orientieren, das in der Krise nicht gehalten werden kann, sind zu überdenken. Nicht alles ist immer gleich unzumutbar und verlangt städtisches Handeln. Nicht alles kann zugleich finanziert werden.

Nach der gemeinsamen Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute wird Deutschland frühestens 2013 wieder auf dem Niveau der Wirtschaftsleistung von 2008 angelangt sein. D.h. für uns, dass wir während des gesamten, aktuellen MIP-Zeitraums mit niedrigeren Steuereinnahmen rechnen müssen. Und weiter heißt dies: Wenn wir unsere Investitionen für Bildung, Kinderbetreuung und ÖPNV stemmen wollen, dann müssen wir uns an anderer Stelle einschränken. Weil nicht immer alles zugleich geht im Leben !

Dabei bleibt zu hoffen, dass die Bundespolitik beim Thema Steuersenkungen nach der Bundestagswahl vernünftig bleibt. Allein die steuersenkenden Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete I und II (Wiedereinführung degressive Abschreibung, Senkung Eingangssteuersatz, Anhebung Grundfreibetrag, usw.) kosten der Stadt Nürnberg bis 2013 ca. 80 Mio. € an Einnahmen. Die diskutierten Veränderungen bei den Unternehmenssteuern wie Lockerung der Zinsschranke, Verbesserung bei der Geltendmachung von Verlustvorträge bei Mantelkäufen

oder gar Veränderungen bei den gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen von Mieten, Pachten, Leasingraten würden eine Stadt wie Nürnberg zweistellige Millionenbeträge bei den Gewerbesteureinnahmen kosten.

Vor diesem Hintergrund und den anstehenden Wahlen sollte es Konsens der Nürnberger Stadtpolitik bleiben, dass die steuerbasierten Finanzgrundlagen für öffentliche Leistungen keine „Wegelagerei“ sind, sondern notwendig sind, um eine lebenswerte Gesellschaft zu gestalten. Dafür öffentlich und innerparteilich einzutreten, erscheint notwendiger denn je.

Daneben haben wir bei den Haushaltsberatungen 2010 selbst unsere Hausaufgaben zu machen. Sach- und zieladäquat, rational, konsensorientiert, aber auch konsequent.

Nürnberg, im Mai 2009

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first name and a more legible last name.

Harald Riedel  
Stadtkämmerer

# Wege aus der kommunalen Finanzkrise

## Zusammenstellung der vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Stadt Nürnberg

### 1) Sofortmaßnahmen für 2009

- restriktiver **Vollzug 2009** (Umwandlung von Haushaltssperren in Einzüge von Mitteln, beschränkter Beginn von neuen Projekten) **1.600.000 Euro**
  - weitere 2%-ige Kürzung des Budgets **1.600.000 Euro**
  - **Wiederbesetzungssperre** mit zeitlich befristigten Einstellungsstopp von außen und Budgeteinzügen **1.600.000 Euro**
  - Reduzierung des Sachkontos „**Dienstreisen**“ (-15%) **100.000 Euro**
  - Reduzierung des „**Bewegliches Vermögen**“ (-5%) **200.000 Euro**
- EINSPARZIEL 2009 **5.100.000 Euro****

## 2) Planungsvorgaben für die Haushaltsplanaufstellung 2010

### Ergebnishaushalt

- **Ertragsverbesserungen** werden von den Dienststellen eingefordert

#### **Erhöhung der Planansätze im Laufe der Aufstellung**

- „**Kämmererhaushalt**“ - sehr restriktive Aufstellung der Planwerte im Haushalt mit Null-Wachstum der Ansätze oder Reduzierungen, pauschale Kürzungen der Budgets und Plafonds, keine Aufnahme von neuen Projekten im Verwaltungsentwurf

#### **Reduzierung der Planansätze im Laufe der Aufstellung**

Kürzung der Budgets und Plafonds um 5%: **4.000.000 Euro**

- **Einstellungsstopp** im Jahr 2010 **3.000.000 Euro**
- restriktive Aufstellung der Wirtschaftspläne der **Eigenbetriebe**  
**im Laufe der Wirtschaftsplanaufstellung**
  - die **Baupauschale** wird für ein Jahr ausgesetzt **4.500.000 Euro**
  - Kürzung des **beweglichen Vermögens** um 20% **800.000 Euro**
  - Kürzung aller **Pauschalen** im MIP um 20% **wird noch ermittelt**
  - die **freiwilligen Zuschüsse** werden um 10% gekürzt **1.500.000 Euro**

### Finanzhaushalt

- Der **Mittelfristige Investitionsplan** wird gestreckt. Einige Maßnahmen werden auf die Zeit nach 2010 verschoben.

**17.835.000 Euro**

### 3) Sparpaket

- Das Sparpaket wird konsequent wie geplant umgesetzt. Weitere Einsparbeträge in Höhe von mindestens 7 Mio. Euro werden zusammen mit den Beratern erarbeitet.